



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

26. Oktober 2018

Wochenbericht KW 43

forsa | Emnid | infratest dimap

Wähleranteile:	Union bei 27 % bzw. 24 %, SPD bei 15 % bzw. 14 %, Grüne bei 21 % bzw. 20 %, AfD bei 16 % bzw. 15 %
Politische Kompetenz:	Nur noch 4 % trauen der SPD zu, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen deutlich
Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden wächst USA werden als größte Bedrohung wahrgenommen
Wichtigstes Thema:	Abgas- bzw. Dieselskandal/Diskussion um Fahrverbote in Innenstädten

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Emnid¹ für BamS
CDU/CSU	27 (-1)	24 (-1)
SPD	14 (-2)	15 (-)
FDP	9 (-)	10 (-)
DIE LINKE	9 (-)	10 (-)
B'90/Grüne	21 (+2)	20 (+1)
AfD	15 (+1)	16 (+1)
Sonstige	5 (-)	5 (-1)
Erhebungszeitraum	15.-19.10.	18.-24.10.

Die Union liegt bei forsa 13 (+1) und bei Emnid 9 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

Die Grünen liegen bei forsa bei 21 %. Dies ist der höchste von diesem Institut gemessene Wert seit August 2011.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Merkel	43 (-)
Nahles	10 (-2)
Merkel	38 (-)
Scholz	21 (-)
Erhebungszeitraum	15.-19.10.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 33 (+2) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und 17 (-) Prozentpunkte vor Olaf Scholz.

84 % (+3) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 2 % (-2) Nahles. Von den CSU-Anhängern würden sich 68 % (-2) für Merkel und 5 % (+1) für Nahles entscheiden. 29 % (-) der SPD-Anhänger präferieren Nahles und 40 % (+6) Merkel.

Bei der Alternative zwischen Merkel und Scholz sprechen sich 76 % (+1) der CDU-Anhänger für Merkel und 10 % (-) für Scholz aus; von den CSU-Anhängern würden sich 62 % (-4) für Merkel und 11 % (+2) für Scholz entscheiden. 55 % (+4) der SPD-Anhänger präferieren Scholz und 26 % (+2) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (28.10.2018)

Problemlösungskompetenz

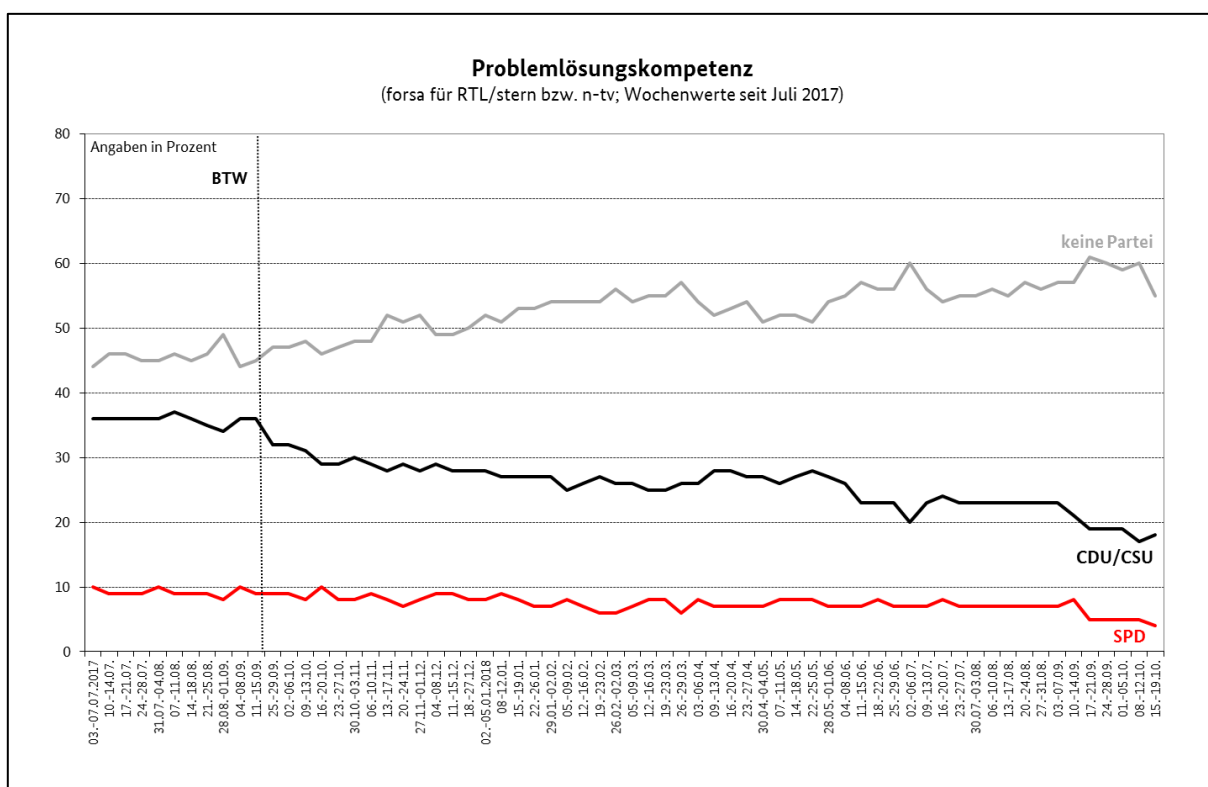
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
CDU/CSU	18 (+1)
SPD	4 (-1)
sonstige Parteien	23 (+5)
keine Partei	55 (-5)
Erhebungszeitraum	15.-19.10.

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 14 (+2) Prozentpunkte vor der SPD. Der Wert von 4 % ist der niedrigste seit Beginn der uns vorliegenden Zeitreihe im Jahre 1998.

55 % (-5) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

55 % (+5) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 29 % (+2) von ihrer Partei.



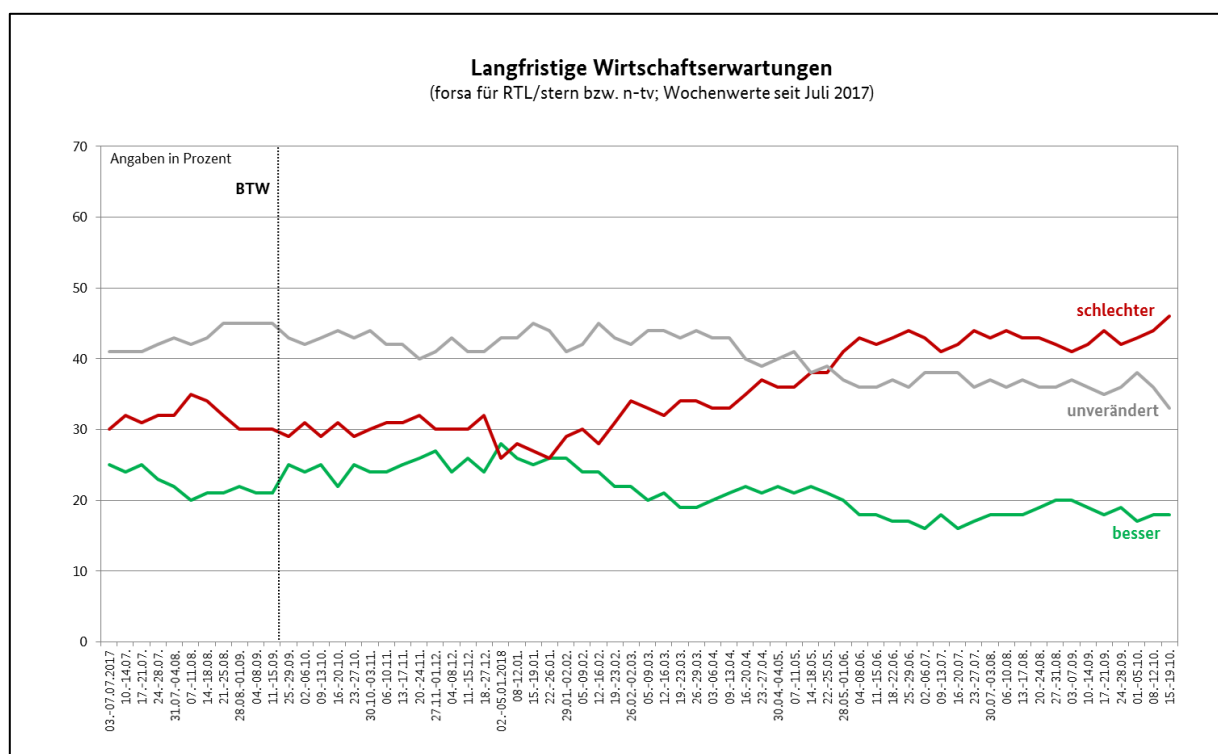
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	18	(-)
schlechter	46	(+2)
unverändert	33	(-3)
Erhebungszeitraum	15.-19.10.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verschlechtert. Der Wert von 46 % ist der höchste seit November 2015.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 28 (+2) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 40

	forsa für BPA	
sehr große	11	(-1)
große	48	(+4)
wenig	33	(-1)
keine	8	(-1)
Erhebungszeitraum	15.-19.10.	

Ostdeutsche (67 %), Personen mit mittlerer formaler Bildung, Gering- bzw. Mittelverdiener und über 45-Jährige (jew. 64 %) sowie Anhänger der Linkspartei (65 %), der SPD und der Grünen (jew. 64 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (69 % zu 49 %).

30- bis 44-Jährige (47 %) sowie Anhänger der FDP (52 %) und der Union (49 %) machen sich überdurchschnittlich oft weniger bzw. keine Sorgen um den Weltfrieden.

Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 40

	forsa für BPA	
USA	20	(-5)
Asylbewerber, Flüchtlinge	12	(-1)
Naher Osten, arabische Länder	12	(-1)
Syrien	9	(-3)
Umwelt, Klima	9	(+5)
Türkei	7	(+1)
Handelskrieg	6	(-)
Russland	6	(+1)
Krieg, Terrorismus allgemein	6	(+2)
(Welt-)Wirtschaftskrise	5	(+3)
Erhebungszeitraum	15.-19.10.	

Nach Meinung der Bundesbürger werden die USA als größte Gefahr für Deutschland wahrgenommen.

Anhänger der Linkspartei (25 %) nennen die USA überdurchschnittlich häufig als größte Bedrohung für Deutschland.

Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 40

	forsa für BPA	
sollte mehr Verantwortung übernehmen	41	(+2)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	10	(+1)
Deutschland tut bereits genug	47	(-3)
Erhebungszeitraum	15.-19.10.	

Unter 30-Jährige (51 %), Personen mit hoher formaler Bildung (48 %) und Gutverdiener (46 %) sowie Anhänger der Grünen (59 %), der SPD (50 %) und der FDP (49 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind 30- bis 44-Jährige (15 %) und Anhänger der AfD (28 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung und Anhänger der Union (jew. 54 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 40

	forsa für BPA	
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	43	(-)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	18	(+2)
verhält sich alles in allem genau richtig	36	(-1)
Erhebungszeitraum	15.-19.10.	

Ostdeutsche (50 %), 45- bis 59-Jährige und Geringverdiener (jew. 48 %) sowie Anhänger der AfD (66 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (29 %), der AfD, der Grünen (jew. 23 %) und der SPD (22 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Personen mit hoher formaler Bildung (41 %) sowie Anhänger der Union (46 %) und der Grünen (43 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Abgas- bzw. Dieselskandal/Diskussion um Fahrverbote in Innenstädten	18 (+8)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen	16 (-3)
Fall Kashoggi	10 (neu)
Landtagswahl in Bayern	8 (-18)
Umweltpolitik/-schutz	6 (+3)
Rentenpolitik/Altersvorsorge	5 (-1)
Steigende Mietpreise, Wohnungsnot in Städten, Mietpreisbremse	5 (+2)
Erhebungszeitraum	23.-24.10.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit dem Thema "Abgas- bzw. Dieselskandal/Diskussion um Fahrverbote in Innenstädten".

35- bis 64-Jährige (24 %) sowie Anhänger der AfD (34 %), der Grünen (27 %) und der FDP (26 %) nennen den Abgas- bzw. Dieselskandal besonders oft. Gutverdiener nennen das Thema häufiger als Geringverdiener (23 % zu 13 %). Anhänger der Linkspartei (9 %) und der SPD (13 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

